53

Der Regierungspräsident
I Sa/Wg. A ZK. 54 627

Arnsberg, den 7. Jan. 1955

1. Frl.
Brandine Oswalt

Reinschrift liegt bei!

in I s e r l o h n
Wilhelmstr. 12

Betr.: Ihren Antrag nach dem Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953
als Erbin Ihres verstorbenen Bruders
Wilhelm Oswalt.

Ihr vorgenannter Antrag liegt mir zur Entscheidung vor. Die Beweisunterlagen sind jedoch noch unvollständig. Zunächst muß ich Sie bitten, mir Ihre Antragsberechtigung durch Beibringung eines Erbscheines nachzuweisen.

Was den Entschädigungsanspruch selbst angeht, so bitte ich um Mitteilung darüber, in welcher Geschäftsform das gemeinsame Unternehmen geführt wurde, wie hoch die Bewertung bei dem Verkauf der Firma war und welcher Erlös erzielt wurde. Außerdem bitte ich Sie um Mitteilung, durch welche und wessen spezielle Maßnahmen der Verkauf der Firma erzwungen wurde.

Nach dem bisherigen Inhalt der Akten scheint es so, als wenn Sie lediglich Erbansprüche geltend machen und nicht etwa auch wegen Ihres eigenen Anteils einen Verfolgungstatbestand behaupten wollen. - Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so bitte ich um entsprechende Mitteilung und Beantwortung der vorgenannten Fragen, nicht nur in bezug auf Ihren verstorbenen Bruder, sondern auch in bezug auf Sie selbst.

2. Wv. 7.3.1955. ab 8. 1. 1955 /4
mit Bi.

I.A.: